

Université de Luxembourg Wohin geht die Reise?

*Es ist amtlich: Luxemburg soll eine Universität erhalten. Am 14. März 2002 stellte das Hochschulministerium bei einem Seminar in Mondorf das Projekt **Université de Luxembourg** vor, in das die gegenwärtigen Hochschulen des Landes wie **Centre Universitaire, Institut Supérieur de Technologie, Institut Supérieur d'Etudes et de Recherches Pédagogiques und Institut d'Etudes Educatives et Sociales** eingebunden werden sollen. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2002 will das Ministerium einen Gesetzesentwurf hinterlegen, auf dessen Basis die Universität in den nächsten fünf Jahren Gestalt annehmen soll. Der ehrgeizige Plan gibt Anlass zu grundlegenden Fragen.*

Erna Hennicot-Schoepges, Ministerin für das Hochschulwesen, umriss die Perspektiven des Vorhabens. Heute hinge mehr als zuvor die Lebensqualität einer Nation von ihrem kulturellen und wissenschaftlichen Niveau ab, das wiederum großteils vom Wert ihrer Hochschulausbildung bestimmt sei. Europa befinde sich auf dem Weg zur Wissensgesellschaft, wobei Luxemburg nicht abseits stehen dürfe. Es geht der Regierung in der Universitätsfrage also um ein Bestehen im internationalen Wettbewerb. Dass dies eine Universität im Lande notwendig macht, ist auf Regierungsebene eine relativ junge Erkenntnis. Premierminister Jean-Claude Juncker hatte sich noch im Juni 2000 in einer *forum*-Veranstaltung „gegen eine sogenannte Volluniversität in Luxemburg“¹ ausgesprochen und wenige Tage später in Deutschland das Großherzogtum als Sitz einer *European University Foundation* vorgeschlagen. Von Luxemburg aus wollte er das gesamteuropäische Hochschulwesen koordiniert wissen, weil hier keine eigene Universität existierte.²

Der Wille zur Universität würde nicht nur eine Bewusstseinsänderung der aktuellen Regierung dokumentieren,

sondern zugleich eine vollkommen neue Dimension der Kulturgeschichte Luxemburgs, in der man der Idee der Universität tendenziell negativ gegenüberstand. Frühere Versuche kamen nicht aus dem Land selbst. Im 19. Jahrhundert scheiterten französische Jesuiten der Ordensprovinz Champagne beim Vorhaben einer Universität Luxemburg. Im frühen 20. Jahrhundert erwies sich ein entsprechender Plan deutscher Gelehrter als undurchführbar, weil er auf Widerstand der Regierung und Bevölkerung im Großherzogtum stieß.³ Ergreift nun im 21. Jahrhundert eine bis vor einigen Mona-



ten noch skeptische Regierung die Initiative, stellen sich vielfältige Fragen. Etwa: Wie steht das gesellschaftliche Bewusstsein heute zur Idee der Universität? Und noch grundlegender: Was stellen sich Regierung und Öffentlichkeit überhaupt unter einer Universität für Luxemburg vor?

Wissenschaft in Schubladen

Die Mondorfer Veranstaltung bot neben der politischen Grundsatzrede der Ministerin, einer Einführung in geplante Strukturen durch den ministeriellen Koordinator für das Hochschulwesen und Interventionen der Leiter bestehender Lehr- und Forschungseinrichtungen auch zwei „runde Tische“, an denen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft zur geplanten Universität Stellung nahmen. Man darf davon ausgehen, dass das Ministerium hier repräsentative Vertreter zu Wort kommen lassen wollte.

Das erste Podium vereinte Forscher aus Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft. Zum zweiten saßen Teilnehmer aus Kultur und Geisteswissenschaft beisammen. War eine solche Trennung sinnvoll? Sollten nicht gerade wenn es um die Gründung einer Universität geht, der Techniker und der Theologe, die Biologin, der Vertreter des Entwicklungszentrums einer Reifenfirma und der Jurist am gleichen Tisch sitzen und miteinander diskutieren? Es zeigte sich leider, dass ein oberflächliches Unterscheiden wirtschaftlich nützlicher Wissenschaft von vermeintlich kulturellen Luxusdisziplinen keinesfalls überwunden ist.

Beim ersten Podium klang die Bedeutung einer Universität zur Ausbildung von Fachkräften für den Finanzplatz Luxemburg und die Kooperation mit der privatwirtschaftlichen Forschung an. Raymond Bisdorff vom *Centre de Recherche publique Gabriel Lippmann* plädierte für eine Beschränkung auf das ökonomisch Nützliche im Fachangebot, indem er meinte, die *Université de Luxembourg* könne auf Studiengänge in Fächern wie Philosophie verzichten. Claude Wehenkel vom *Centre de Recherche publique Henri Tudor* gab zu bedenken, an der künftigen Universität sollte nicht jeder Professor forschen dürfen, was er wolle. Also auch innerhalb der Fächer eine Beschränkung auf vorgegebene nützliche Ziele? Ein weiterer Vorschlag vom Podium sah vor, die mit dem Universitätsbegriff verbundene Vielfalt sei durch einen Verbund mit anderen Universitäten zu gewährleisten, die das bieten, was man selbst nicht hat. Möchte sich also ein Naturwissenschaftler über Ethik bilden oder ein Ökonom sich angesichts globaler Märkte mit anderen Kulturen auseinandersetzen, fährt er zwischen zwei Seminaren in Luxemburg zur Vorlesung nach Metz oder Trier.

Schubladenartige Konzepte akademischer Disziplinen und Beschränkungskriterien, wie sie hier anklangen, schienen wissenschaftstheoretisch spätestens seit den sechziger Jahren vergangenen Jahrhunderts überwunden, als Karl Popper dem abgrenzenden Denken in Fachgebieten ein solches in Problemen entgegensetzte.⁴ Doch aus den Anmerkungen dieses Podiums ergab sich kein Bild einer problemorientierten Universität, sondern das eines organisatorischen Dachs für eine Führungskräfte-Akademie im Bankwesen, mit nützlichen Entwicklungen befasste Laboratorien und anhängender Bildungsanstalt für Lehrer.

Was wäre überhaupt eine Universität? Die Bezeichnung ist heute nicht mehr so eindeutig wie noch vor hundert Jahren. Umso notwendiger wäre die klare Stellungnahme. Geht es der beabsichtigten Gründung um die Idee der abendländischen Universität, deren Selbstverständnis in einem historischen Prozess vom Mittelalter über die Aufklärung bis zur Moderne wuchs? Oder will man unter dem Begriff im heutigen Kontext Luxemburgs etwas anderes verstehen, etwa eine auf einige Fächer beschränkte Berufsschule auf gehobenem Niveau, deren Lehrer auch forschen? Man kommt einer Klärung näher, wenn zunächst gefragt wird, ob über deren Funktion als Lehr- und Forschungsanstalt hinaus auch Erwartungen an die Universität in gesellschaftlicher Hinsicht bestehen.

Kaderschmiede oder gesellschaftskritische Instanz?

Zum Selbstverständnis der klassischen Universität gehörte im Lauf ihrer Geschichte zunehmend, nicht nur Theologen, Juristen oder Ärzte quasi im Elfenbeinturm auszubilden, sondern als Institution auf die Gesellschaft zu wirken. Seit Friedrich Barbarossa mit dem Dekret *Authentica Habita* (1155) Lehrer und Studenten des Rechts unter kaiserlichen Schutz stellte und so die Lehre vom Zugriff ziviler Autorität befreite, entwickelte sich die Universität zu einer Instanz, die neben Wissen und Wahrheit keiner anderen Macht verantwortlich sein wollte. Der Kölner Kanoniker Alexander von Roes erweiterte in seinem *Memoriale de praerogativa Romani imperii* (1281) die seit Papst Gelasius geltende Lehre von den zwei Gewalten, der geistlichen (*Sacerdotium*) und der weltlichen (*Regnum*), durch eine dritte Gewalt, das Studium, für das die Universität stand. Alexander sah durch die führende Pariser Universität eine dominierende Rolle Frankreichs im Wissen, die kompensieren konnte, dass die Nachkommen der römischen Cäsaren Deutsche waren. Die Sphäre des Wissens sollte jener der Macht und des Glaubens im gesellschaftlichen und politischen Ganzen eigenwertig gegenüberstehen.

Noch im Mai 2000 wies Ministerin Hennicot-Schoepges die Rolle der Universität als kritische Instanz für die Gesellschaft zurück. Sie hielt diese Idee für einen Ausdruck der 68-Mentalität, die sie überwunden wissen wollte.

Dieses mittelalterliche Universitätskonzept hat nichts an Relevanz verloren. Zur Gewaltenteilung im neuzeitlichen Staat, dessen Verfassung Gesetzgebung, Regierung und Justiz trennt, kennen die sich entwickelnden Demokratien de facto weitere Gewalten, die einen unverzichtbaren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Die Medien, oft als vierte Gewalt bezeichnet, spielen nicht selten in der Kontrolle der Macht eine effektivere Rolle als die parlamentarische Opposition. Ebenso gewinnen die NGOs in der gesellschaftlichen Meinungsbildung und politischen Entscheidungsfindung an Bedeutung. Die Universität hat seit Jahrhunderten eine vergleichbare Funktion. Sie kontrolliert zwar nicht das Tagesgeschehen wie die journalistischen Medien und stellt keine konkreten Forderungen wie eine NGO. Doch reflektiert sie die ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Wirklichkeit im Licht einer Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit. Als ein Ort des Ringens und der Auseinandersetzung kommt sie dabei nicht zu einheitlichen Ergebnissen. Aber dieser Pluralismus ist ihr erwünscht. Entsprechend gingen, wie etwa ein Blick ins Deutschland des 19. Jahrhunderts zeigt, von der Universität wesentliche Impulse für die Demokratiebewegung aus. Das Modell Alexanders von Roes bleibt insofern aktuell: Die Universität als eigene und unabhängige Sphäre der Wahrheitsuche jenseits von Machtansprüchen und Weltanschauung.

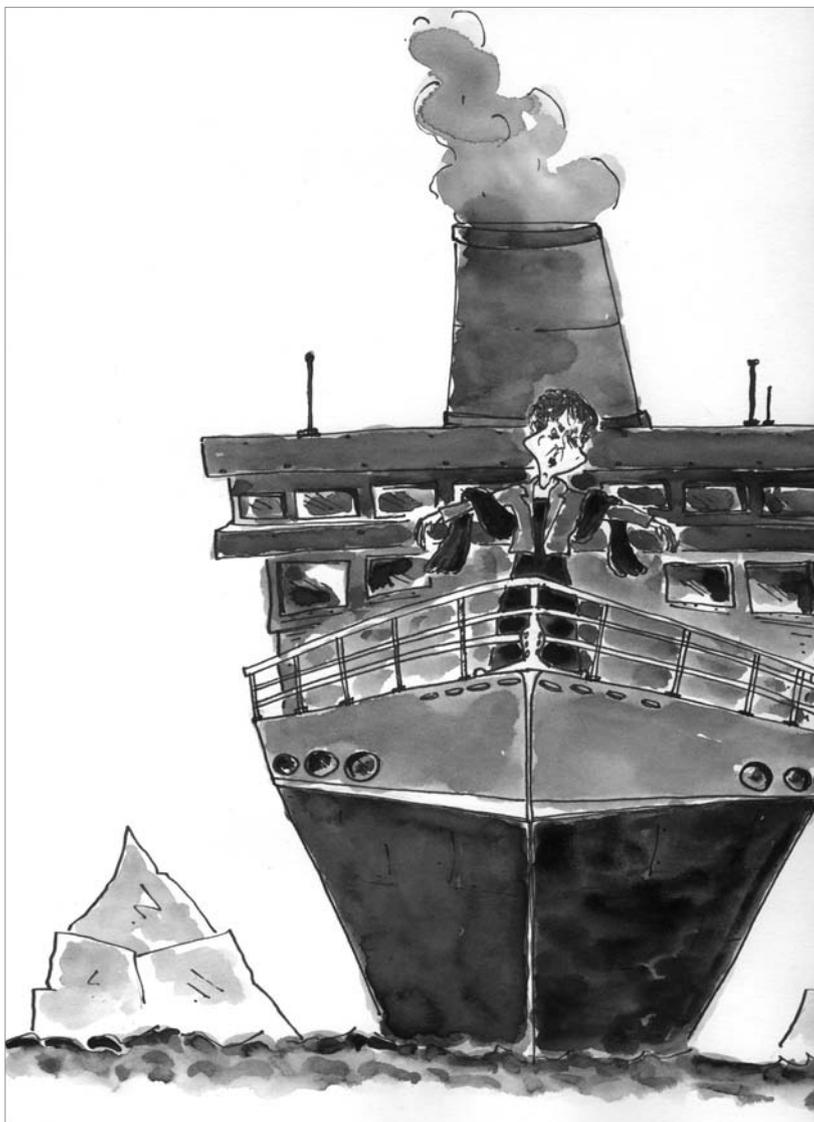
Will Luxemburg eine so verstandene Universität, die mehr ist als Kaderschmiede für Wirtschaft und Schule? Noch im Mai 2000 wies Ministerin Hennicot-Schoepges die Rolle der Universität als kritische Instanz für die Gesellschaft zurück. Sie hielt diese Idee für einen Ausdruck der 68-Mentalität, die sie überwunden wissen wollte.⁵ Doch folgt man Germain Dondelinger, dem Koordinator für den Hochschulbereich, hat sich die Ansicht im Ministerium gründlich gewendet: „In Luxemburg wird eine Plattform benötigt, um die gesellschaftliche Entwicklung kritisch zu hinterfragen. Diese Aufgabe übernimmt die Universität. Fachbereiche wie Geschichte, Soziologie, Statistik bieten sich geradezu an, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in Luxemburg zu beleuchten. Längerfristig erwarten wir uns, dass die Gegenwart einer Universität den öffentlichen Diskurs bereichern wird und die üblichen Stammtischgespräche überwinden hilft, um es einmal salopp auszudrücken.“⁶

Wenn Mario Hirsch, der Chefredakteur des *Lëtzebuurger Land*, im zweiten Mondorfer Podium meinte, er erhoffe sich von der Universität das Entstehen einer intellektuellen Szene in Luxemburg, sprach er genau diesen Aspekt des gesellschaftlichen Einflusses einer Universität an. Der Chemiker und der Soziologe, die sich beim Sport

begegnen, die Philosophie- und Wirtschaftsstudentinnen, die nach dem Kino debattieren, der Journalist, dem in einer Universitätsstadt Kontakte in eine facettenreiche Expertenwelt möglich werden, - die Gegenwart einer Universität lässt eine Kultur der Kommunikation und Information entstehen, die objektiv schwer messbar ist, aber im Lauf der Zeit zu einem erhöhten öffentlichen Reflektions- und Diskussionsniveau führt.

Doch welcher Art muss eine Universität sein, um auch dies für die Gesellschaft zu leisten? Vor allem kommt es auf die *Vielfalt an einem Ort* an. Vielfalt bedeutet, dass Natur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften vertreten sind. Natürlich kann keine Universität sämtliche Fachbereiche und Spezialisierungen anbieten, aber ein breites Spektrum der Disziplinen muss von Anfang an die Richtung sein, in die man zielt. Dass diese sich tatsächlich an einem Ort befinden,

**Die Mondorfer
Veranstaltung
ließ das
wissenschaftlich
fundierte Leitbild
einer Universität
vermissen.**





Centre Universitaire,
Luxemburg-Limpertsberg
Foto: Christian Mosar

den und nicht in einem virtuellen regionalen Verbund voneinander entfernter Bildungsanstalten oder Campusanlagen, ist entscheidend. Die klassische Universität verstand sich als eigene kleine Stadt des Wissens und Lernens, eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, die das unkontrollierte Fließen von Information erlaubt.

Vom Zweck der Zweckfreiheit

Georges Hellinghausen, der Präsident des Luxemburger Priesterseminars, sprach sich in seinem Beitrag zum zweiten Podium für die Vielfalt aus, indem er die Bedeutung der Humanwissenschaften an der künftigen Universität herausstellte. Schade, dass er nur eine Zusammenarbeit anbot und nicht die Schaffung einer theologischen Fakultät anregte. Natürlich könnten viele wohl begründete Argumente für oder gegen das Einrichten einer theologischen Fakultät angeführt werden. Aber eine entsprechende Forderung könnte die Diskussion ungeachtet ihres Ausgangs auf das Wesen einer Universität lenken: Sie ist der Ort, an dem einander Physik und Metaphysik begegnen, an dem auf der Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit prinzipiell keine Disziplin ausgeschlossen ist.

Wer schon bei der Philosophie den Kopf schüttelt, mag bei der Theologie nur noch abwinken. Aber er macht damit klar, dass er eigentlich keine Universität will, deren Aufgabe das Ringen um Verstehen auf allen Ebenen ist: Hier wird nach der Materie und dem Leben gefragt, nach sozialen Prozessen, nach dem Dasein an sich. Auch wenn Astrophysiker auf ihrer Suche nach dem

Ursprung und Ende des Universums letztlich mehr Fragen aufwerfen als beantworten und Theologen den wissenschaftlichen Beweis der Existenz oder Nichtexistenz Gottes schuldig bleiben, im menschlichen Erkenntnisstreben ist der Weg das Ziel. Darum ist ein wesentlicher Aspekt des Selbstverständnisses einer Universität ihre *Zweckfreiheit*. Es geht nur um das eine: „Die Universität macht die Wahrheit zum Beruf.“ (Jacques Derrida)

Die Forderung der Zweckfreiheit darf nicht dahingehend missdeutet werden, dass ein praktisches Nutzen der Erkenntnisse ausgeschlossen wäre, dass Forschen nicht von praktischen Problemstellungen ausgehen soll oder Lehre nichts mit Berufsausbildung zu tun habe. Das Gegenteil ist in der Praxis der Fall. Doch leiten direkte Zielvorgaben das Erkennenwollen, steht nicht mehr die Suche nach Wahrheit im Zentrum, sondern das vorgegebene Plansoll. Vor allem durch ihr Streben nach wissenschaftlicher Wahrheit gehen die gewünschten Impulse der Universität auf Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft aus. Es klingt paradox, doch nur in ihrer Zweckfreiheit erfüllt sie ihren grundlegenden Zweck.

Mit der Zweckfreiheit des Forschens und Erkennens ist ein grundlegendes Element europäischer Wissenschaftstradition seit ihren Ursprüngen berührt. Schon Sokrates suchte durch sein Fragen um der Wahrheit willen nach Erkenntnis und kritisierte ein Wissen, dem es ausschließlich um Nutzenanwendung und Kommerzialisierung geht. Die Universität des Mittelalters blieb diesem Prinzip verpflichtet. Wie Herbert Grundmann in seiner Studie *Vom Ursprung der Universität im Mittelalter* herausarbeitete, standen hinter dem Entstehen der Universität nicht Klerus, Staatsmacht oder andere Interessengruppen, sondern ein von Nutzen und Gewinn freies „Wissen- und Erkennenwollen um der Wahrheit willen, auch auf die Gefahr hin, dass sie (die Wahrheit) unbeliebt ist und zu Konflikten führt.“⁷

Die Aufklärung arbeitete diesen Ansatz weiter heraus. Immanuel Kants *Streit der Fakultäten* (1798) argumentierte gegen eine „scholastische“ Universität, in der alle Wissenschaften unter dem Vorzeichen der Theologie zu stehen haben. Doch indem Kant die anderen Fakultäten gegenüber der theologischen emanzipieren wollte, ging es ihm nicht um ein Ersetzen des Dogmas durch die Nützlichkeit, die ihm zweitrangig vor der Suche nach Wahrheit blieb. Die Urheber der preussischen Bildungsreform, Schleiermacher, Fichte, Schelling und Humboldt, setzten diese Tradition fort.

Wilhelm F. von Humboldts 1810 vorgestelltes Gründungskonzept der *Universitas litterarum*, der

Es klingt paradox, doch nur in ihrer Zweckfreiheit erfüllt die Universität ihren grundlegenden Zweck.

heutigen Berliner Humboldt-Universität, wurde für mehr als ein Jahrhundert weltweit vorbildlich. Humboldt stand vor einer ähnlichen Aufgabe, wie sie sich heute in Luxemburg stellt. Die Akademie der Wissenschaften und mehrere Fachschulen wurden in Berlin zu einer Universität zusammengeschlossen. Humboldt griff auf die klassische Gliederung der Fakultäten zurück, die mit der Gründung der Sorbonne 1150 aufkam: Rechtswissenschaften, Medizin, Philosophie und Theologie.

Humboldts Universität wurde nach vier Grundsätzen organisiert: Die Gleichheit aller vier Fakultäten, die Einheit von Lehre und Forschung, die Einheit von Lernenden und Lehrenden und Berufung der Professoren durch „umsichtige Staatsmänner“, was nicht als Eingriff in die Autonomie der Universität gedacht war, sondern den einzelnen Lehrer und Forscher vor Gruppenzwängen der Fakultäten schützen sollte. Vier weitere Grundsätze sollten die Freiheit der Wissenschaften garantieren, nämlich die Trennung von Wissen und Eigentum, von Ideen und Interessen, von Theorie und Praxis, von Wissenswelt und Staat.

Der Grundgedanke des von Zwecken freien Bereichs der Universität wurde immer wieder ins Zentrum gerückt. Für den angelsächsischen Bereich betonte John Henry Newman seit 1852 als *The Idea of a University* die Erkenntnis um der Erkenntnis willen. Wissenschaft bedeute vor jeder Nützlichkeitsabwägung „end in itself“, weshalb angewandte Wissenschaft ohne Grundlagenforschung auf Irrwege führe.⁸ Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus und der versuchten und zu oft gelungenen Nutzbarmachung der Universität für die vermeintlichen Interessen des Staates arbeitete Karl Jaspers wieder heraus, die Universität habe prinzipiell „die Aufgabe, die Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Studenten zu suchen.“⁹

Das große Wort von der zweckfreien Wahrheit, das hier von Alexander von Roes über Kant, Humboldt und Newman bis Jaspers und Derrida das Selbstverständnis der Universität kennzeichnet, mag jenen, die sich von einer Universitätgründung rasche pekuniäre und soziale Rendite erwarten, allzu pathetisch klingen. Aber genau dieses große Wort ist es, das die Idee der Universität ausdrückt. Die Mondorfer Veranstaltung ließ in diesem oder einem alternativen Sinn das wissenschaftlich fundierte Leitbild einer Universität vermissen. War auch viel von der Einheit von Forschung und Lehre, einer anzustrebenden Qualität und Mobilität die Rede, wurde doch in keiner Darlegung oder Intervention etwas davon spürbar, dass sich jemand Gedanken über tragende Ideen des Projekts gemacht hätte, die es

jenseits eines gesetzlichen Rahmenwerks zusammenhalten.

Mut allein genügt nicht

Es ist fraglos ein mutiges Unterfangen, wenn ein Hochschulministerium ohne Erfahrung im Verwalten und Beaufsichtigen einer Universität in einem Land ohne universitäre Kultur und Vergangenheit, eine solche Gründung wagt. Doch Mut allein genügt nicht, soll die geplante Universität auch international in der wissenschaftlichen Gesellschaft ernst genommen werden. Zur Legitimation des souveränen Staates, eine solche Gründung gesetzlich vorzunehmen, muss eine inhaltliche Legitimation treten, die sich in fachlicher Kompetenz zum Durchführen der gestellten Aufgabe, einem klaren Leitbild für die Zukunft und einer unbeschönigten Analyse des status quo zeigt.

Hier besteht schon im letzten Punkt die Gefahr, in der Begeisterung der Gründung den Ausgangspunkt zu vergessen. Der Status quo ist mit einem Abstand betrachtet schlicht ernüchternd. Das gegenwärtige *Centre Universitaire* besitzt wie die anderen Hochschulen Luxemburgs kein Profil in der internationalen Welt der Wissenschaft. Auch im Großherzogtum selbst wird es in den Medien weniger durch Forschungsleistungen und wissenschaftliche Veranstaltungen zur Kenntnis genommen, als durch Berichte über Dysfunktionen etwa im Bereich der Bibliothek. Das meiste Echo scheint diese Hochschule in der satirischen Wochenschrift *Den Neie Feierkrop* zu finden, deren Artikel über die Mängel der Institution und vermeintliche Fehlleistungen wie die Abwesenheit seines Präsidenten schon ein beachtliches Bändchen füllen würden.

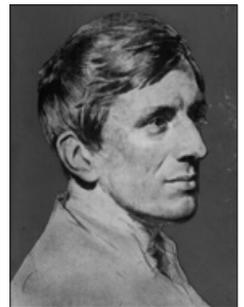
Auch die den Hochschulbereich begleitenden Gremien bieten kein funktionierendes Bild. So beklagt der Präsident des *Conseil national de l'Enseignement supérieur* (CNES) Robert Mackel, Professor an der Rockefeller University in New York, man halte in Ministerium und Hochschulen wenig von seinem Rat.¹⁰ In den Hochschulen macht er eine „beachtenswerte Opposition“ gegen die von ihm geforderte Transparenz der Qualifikation der einzelnen Lehrenden aus. Weil diese von Mackel angemahnte Offenheit nicht besteht, bleibt für die Studierenden oft im Dunkel, ob ein konkreter Professor in seinem Fach ein Doktordiplom besitzt und welche Ausbildungen und Forschungsleistungen ihn sonst zur akademischen Lehre befähigen. Schafft eine Institution hier keine Klarheit, setzt sie sich automatisch dem Verdacht aus, Leute mit wissenschaftlichen Aufgaben zu beschäftigen, für die sie an seriösen Hochschulen des Auslandes nicht als qualifiziert gälten. Mit der Befähigung jedes



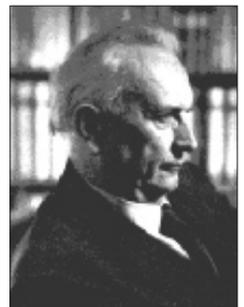
Immanuel Kant



Wilhelm von Humboldt



John Henry Newman



Karl Jaspers

einzelnen Mitglieds des Lehrkörpers steht und fällt die Universität, oder wie Karl Jaspers es ausdrückte: "Bei jeder Berufung und bei jeder Habilitation finden fast unmerklich Aufbau und Zerstörung der ganzen Universität statt."

War der CNES so unbequem, mit der Forderung nach Transparenz am Lack zu kratzen, wurde er in der wichtigen Frage der Universitätsgründung gar nicht erst konsultiert. Ein Pressekommentar vermerkte: "Da gibt man sich ein wichtiges beratendes Gremium mit einem eindrucksvollen Titel, und wenn es darauf ankommt, ruft man nicht mal an [...] Die seit langem wohl folgeschwerste Entscheidung des Hochschulministeriums, nämlich die Schaffung einer Universität in Luxemburg wurde ohne beratende Rücksprache mit dem CNES getroffen, so dass dieser die frohe Botschaft aus der Presse erfuhr. Aber vielleicht war das Ganze einfach kein Zufall. Immerhin war die ablehnende Meinung von CNES-Präsident Mackel zur Idee einer Uni für Luxemburg seit längerem bekannt. Um sich ein peinliches negatives Gutachten zu ersparen, zog man es vor, den CNES einfach nicht zu fragen."¹¹

Dabei wäre ein exponierter inländischer Wissenschaftler mit internationaler Erfahrung in Forschung und Lehre, der Vorbehalte gegen eine luxemburgische Universität hätte, auch dann ein unentbehrlicher Kritiker, wenn man entgegen seinen Rat zur Gründung entschlossen ist. Das Ausräumen seiner Einwände würde erlauben, schon im Vorfeld einen internationalen Standard anzupfeilen. So entsteht der bittere Eindruck, Politik und Ministerialbürokratie scheuten den Rat und die Kritik von Fachleuten. Dass man sich sehr wohl von internationalen Fachleuten beraten lasse, signalisierte das Ministerium Vertretern der *Association des Enseignants et Chercheurs des Etablissements de l'Enseignement Supérieur au Luxembourg* (ACES), aber der Bitte um Veröffentlichung der Namen der Experten wollte man nicht nachkommen. Es fragt sich, was im Vorfeld des Universitätsdebats in einem demokratischen Staat die schlechtere Optik böte, eine Regierung, die sich nicht beraten lässt, oder eine solche, die ihre Ratgeber wie bei einer militärischen Operation geheim hält. So grassieren unter Professoren Gerüchte, wer die Gestaltung ihres künftigen Arbeitsplatzes beeinflusst: Der ehemalige SPD-Politiker Peter Glotz wird genannt, ebenso der gegenwärtige Rektor der Universität Louvain. Da keiner Genaues weiß, bleibt manche Frage: Wenn es diese Berater gibt, wollen sie dann selbst nicht mit der luxemburgischen Gründung in Verbindung gebracht werden und warum dies, oder will das Ministerium nach der Erfahrung mit dem lästigen Professor Mackel künftigen öffentlichen Kritikern unter Sachverständigen vorbe-

gen? Wo es an Transparenz mangelt, wuchern die Spekulationen.

Transparenz und Diskussion

Bedenkt man den Status quo, ist auch ein Blick auf das Hochschulgesetz von 1996 angesagt, das die Ministerin in ihrer Mondorfer Rede als wichtige Etappe und modern bezeichnete. Dieses weist eine Vielzahl von Mängeln auf, die es als unausgereift zeigen. Nur ein gravierendes Beispiel: Im Unterschied zu den Studenten haben die Lehrenden gegenwärtig nicht das Recht, Vertreter in den Verwaltungsrat zu entsenden. Es ist eine wohl in Europa einzigartige Situation der Entmündigung von Professoren einer öffentlichen Hochschule, dass man sie gänzlich vom Mitgestalten ihrer Institution ausschließt, während Studentenvertreter im höchsten Gremium vertreten sind. Auch der Administrateur, dessen Funktion jener des Dekans an anderen Universitäten entspricht, ist kein Interessenvertreter des Lehrkörpers seiner Fakultät im Verwaltungsrat. Er wird in Luxemburg nicht wie sonst an öffentlichen Hochschulen üblich vom Lehrkörper gewählt, sondern ist ein für fünf Jahre vom Minister ernannter Funktionär. Entspringt diese beispiellos abschätzig Behandlung des Hochschullehrers einer Absicht, oder war das Gesetz nur zu wenig durchdacht?

Folgt man den Ausführungen Dondelingers, verspricht auch das angekündigte Gesetz wieder manches Problem. Ein wichtiges Beispiel: Der *Conseil de gouvernance*, oberstes Führungsgremium der Universität, das grundlegende Strategien vorgibt und den Rektor nominiert, soll aus sieben von der Regierung bestellten Mitgliedern bestehen, die nicht der Université de Luxembourg angehören dürfen. Der Rektor steht dem *Conseil universitaire* vor, das sich um die Tagesgeschäfte kümmert, in dem diesmal im Unterschied zum Gesetz von 1996 in gleicher Anzahl wie die Studenten auch Hochschullehrer sitzen dürfen. Auch steht der Rektor dem *Conseil scientifique* aus Forschern und Lehrern vor, das inhaltliche Entscheidungen trifft.

Warum schließt die Regierung, indem sie die Leitungsebene ausschließlich mit universitätsfremden Persönlichkeiten besetzen will, wiederum die Lehrenden und Forschenden vom Mitgestalten bei grundlegenden Entscheidungen und der Wahl des Rektors ihrer Universität aus? Dieser von Dondelinger vorgestellte Aufbau entspricht jenem der katholischen Universität Louvain und ist für einen weltanschaulichen Tendenzbetrieb berechtigt, dem es um die legitime Wahrung einer grundsätzlichen Orientierung geht, auch unter dem Gesichtspunkt, dass hier lange und funktio-

Es ist fraglos ein mutiges Unterfangen, wenn ein Hochschulministerium ohne Erfahrung im Verwalten und Beaufsichtigen einer Universität in einem Land ohne universitäre Kultur und Vergangenheit, eine solche Gründung wagt.

nierende Traditionen walten. Der neu zu gründenden autonomen Universität eines pluralistischen demokratischen Staates ist er unwürdig. Schon den preußischen Reformern war klar, dass man die Universität nicht obrigkeitstaatlich führen kann wie ein Amt.

Man muss sich nicht gleich an jener japanischen Universität orientieren, in der alle Mitarbeiter den Rektor in geheimer Wahl abstimmen, obwohl solche Verfassungen durchaus funktionieren. Man könnte sich auch an Modelle halten, bei denen die Fakultäten über ihre Dekane auf der Führungsebene mitwirken. Aber was wird in Luxemburg zukünftig mit den Vorstehern der Fakultäten, den Dekanen, sein? Werden sie vom Lehrkörper gewählt oder weiterhin von oben ernannt? Das von Germain Dondelinger vorgelegte Modell scheint hier keine Wahl der Häupter der Fakultäten vorzusehen.

Wenn eine kleine Hochschule nicht funktioniert, eingesetzte Gremien von der Politik nicht konsultiert werden und das bestehende Gesetz mangelhaft ist, erweist sich die Ausgangslage als wenig rosig. Was würde man von einem Architekten sagen, der sich an ein Hochhaus wagt, nachdem schon sein einstöckiges Häuslein schwankt? Zu dieser problematischen Ausgangslage auf hochschulpolitischer Ebene kommen die seit der PISA-Studie vermehrt öffentlich diskutierten Schwierigkeiten im Bereich der Sekundarschulen. Da von hier die Studenten zur Universität kommen, bedürfte es eines alle Stufen der Ausbildung umfassenden Bildungskonzeptes, von dem nichts in Sicht ist. Natürlich scheint es ungerecht, Luxemburg mit Ländern mit langer akademischer Tradition zu vergleichen. Aber wenn der Wille zur Universität echt ist, wäre es gefährlich, sich der Illusion hinzugeben, es sei schon viel geleistet worden. Was Not tut, ist das Aufdecken von Defiziten statt verschleiern dem Jubel.

Soll die Universität wirklich einen Neubeginn im Bildungssektor des Landes markieren, müsste schon im Vorfeld ein neuer Stil angesagt sein. Weitgehende Transparenz bei jedem Schritt wäre die erste Notwendigkeit, die in einem kleinen Land relativ leicht zu verwirklichen ist.

Vor einer übereilten Gesetzesvorlage müsste das Leitbild dessen geklärt sein, was man schaffen will. Was ist überhaupt eine Universität, welche Idee soll die *Université de Luxembourg* verfolgen? Hat man das Bild der klassischen Universität, eine neuartige Kaderschmiede oder ein drittes Modell im Auge? Ein Slogan wie „Small but beautiful“ mag in manchen Ohren gut klingen, ersetzt aber kein deutlich formuliertes Leitbild. Auch wenn man auf ein solches verzichten will, wäre

dies zu klären und zu begründen. Die diesbezüglich notwendige Diskussion ist von im Land wirkenden Hochschullehrern, hinzugezogenen internationalen Experten, Studentenvertretern und den Repräsentanten der Politik öffentlich zu führen. Erst wenn man nach eingehendem Klärungsprozess weiß, was man will, kann man es in die Form eines Gesetzes bringen, bei dem nicht erneut Lücken und Mängel vorprogrammiert sind. Günstig wäre, bei der Entscheidung über die Universität einen breiten nationalen Konsens anzustreben: Dies bedeutete, bei der Ausarbeitung des Gesetzes alle Parteien zum Einbringen ihrer Vorstellungen einzuladen. Die Idee der Universität verdient es, in der Gesellschaft breit getragen zu werden. Also gilt es, unterschiedliche Auffassungen von Parteien und Interessengruppen vorab abzustimmen, um Leitbild und Organisation der Universität nicht auf unabsehbare Zeit zum Zankapfel der Tagespolitik werden zu lassen. Die Qualität von Lehre und Forschung sowie das Ansehen der akademischen Institution könnte darunter nur leiden.

Die Veranstaltung in Mondorf demonstrierte als einseitige Werbeveranstaltung des Ministeriums eher das Gegenteil der wünschenswerten breiten und offenen Diskussion. Mancher Hochschullehrer beklagte, erst am Vortag eine Einladung erhalten zu haben. Weder für die Teilnehmer noch für die Presse war die Möglichkeit vorgesehen, nach den Darlegungen der Frau Minister und des Hochschul-Koordinators nachzufragen. Auf vier Minuten begrenzte Statements der Teilnehmer der sogenannten runden Tische waren alles andere als ein Gespräch.

Fährt man in diesem Stil zu schnell und wenig durchdacht fort, um eine drittklassige Institution zu schaffen, werden weder Luxemburg noch die alte Idee der Universität als Ort kompromissloser Wahrheitssuche untergehen. Aber wie schade wäre es, die für das Land historische Möglichkeit eines solchen Beginns und die nicht unerheblichen Steuermittel zu verspielen.

Volker Zotz



Erna Hennicot-Schoepges



Germain Dondelinger

Anmerkungen

¹ Michel Pauly: „Hochschulpolitik im Dienst der Wirtschaft?“ *forum* 202, September 2000, S. 23-27 hier S. 26.

² *Die Zeit*, 29. Juni 2000.

³ Vgl. Volker Zotz: „Joseph Dahmann.“ *forum* 212, Dezember 2001, S. 39-41.

⁴ Karl R. Popper: *Conjectures and Refutations*. London 1965, S. 67.

⁵ Pauly, „Hochschulpolitik“, S. 23.

⁶ Interview mit Germain Dondelinger, *Tageblatt*, 22. März 2002, S.18.

⁷ Herbert Grundmann: *Vom Ursprung der Universität im Mittelalter*. Darmstadt 1964.

⁸ John Henry Newman: *The Idea of a University*. (1852) Neuausgabe hg. von Frank M. Turner. New Haven und London 1996.

⁹ Karl Jaspers: *Die Idee der Universität*. Berlin 1946.

¹⁰ Vgl. „Ein enttäuschter Präsident“, *Luxemburger Wort*, 5. Oktober 2001, S. 4 „Empfehlungen unerwünscht“ *Tageblatt*, 5. Oktober 2001, S. 15.

¹¹ Kommentar von Lucien Montebusco, *Tageblatt*, 5. Oktober 2001, S. 15.